

## **Antrag**

**der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke u. a. FDP/DVP**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Staatsministeriums**

### **Bundesrat stoppt Leistungskürzungen für Asylbewerber – Haltung der Landesregierung**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie sie bei der Beschlussfassung des Bundesrats über das vom Bundestag verabschiedete Asylbewerberleistungsgesetz (Bundesratsdrucksache 713/16) am 16. Dezember 2016 abgestimmt hat;
2. welche eigenen Bewertungen ihrem Abstimmungsverhalten zugrunde liegen;
3. inwieweit, zumindest unter Darlegung des Abstimmungsverfahrens, der involvierten Personen, der jeweiligen Positionen, der etwaigen Kompromissfindung oder Verknüpfung mit anderen Sachverhalten und des zeitlichen Horizonts des Verfahrens, dieses Abstimmungsverhalten vereinbart wurde;
4. inwieweit Angehörige der Landesregierung mit Blick auf das Abstimmungsverhalten mit Angehörigen anderer Landesregierungen, der Bundesregierung beziehungsweise Angehörigen der Landtage beziehungsweise des Bundestags kommunizierten;
5. wie aus ihrer Sicht in der Sache weiter verfahren werden sollte;
6. mit welchen Maßnahmen sie sich entsprechend der eigenen Position einbringen wird;
7. mit welchen Begründungen sie seit dem 1. Mai 2011 den jeweiligen parlamentarischen Initiativen mit Bezug zum Ausländer- beziehungsweise Flüchtlingsrecht im Bundesrat zustimmte beziehungsweise nicht zustimmte;

8. inwieweit parlamentarische Initiativen mit Bezug zum Ausländer- beziehungsweise Flüchtlingsrecht im Bundesrat derzeit noch nicht abgeschlossen sind, weil sie sich beispielsweise im Vermittlungsausschuss befinden oder noch nicht entschieden wurde, wie mit ihnen weiter verfahren werden soll, zumindest unter Nennung der Vorgänge, des jeweiligen Stands des Vorgangs, des voraussichtlichen Fortgangs beziehungsweise des Endes des Vorgangs und der Art der Beendigung des Vorgangs;
9. wie sie die vorgenannten Vorgänge und ihren Verfahrensstand jeweils bewerten.

19.12.2016

Dr. Rülke, Dr. Timm Kern, Keck, Weinmann, Dr. Goll,  
Dr. Schweickert, Haußmann, Reich-Gutjahr FDP/DVP

#### Begründung

Am 16. Dezember 2016 lehnte der Bundesrat zum Jahresende geplante Kürzungen der Leistungen für Asylbewerber ab. Die Haltung der Landesregierung dazu und zu anderen Initiativen aus dem Bereich des Ausländer- beziehungsweise Flüchtlingsrechts soll thematisiert werden.

#### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 11. Januar 2017 Nr. IV-1353/LT-Anfragen/47 nimmt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

#### Vorbemerkung:

Das Staatsministerium unterrichtet den Landtag im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit seit Oktober 2008 mit Übersendung des Kurzprotokolls der Landesvertretung beim Bund jeweils über die Ergebnisse der Sitzungen des Bundesrates.

Der Bevollmächtigte des Landes beim Bund unterrichtet zudem die Fraktionen des Landtags regelmäßig im Nachgang zu den Sitzungen des Bundesrates schriftlich über die Ergebnisse der jeweiligen BR-Sitzungen. Seit Anfang Dezember 2016 wird in diesem Zusammenhang auch die Abstimmungsliste des Landes an den Landtag übersandt.

Zudem veröffentlicht die Landesregierung ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat seit Oktober 2013. Eine Liste aller Tagesordnungspunkte unter Angabe des Abstimmungsverhaltens wird auf der Homepage der Vertretung des Landes beim Bund eingestellt.

Inhaltliche Erläuterungen zu ausgewählten Vorlagen können auch unter Angabe der Drucksachennummer bzw. der jeweiligen Plenarsitzung dem Internetauftritt des Bundesrates unter [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de) entnommen werden.

Hinsichtlich der Beratung von EU-Vorlagen des Bundesrates unterrichtet die Landesregierung zudem den Landtag kontinuierlich gemäß Artikel 34 a Landesverfassung i. V. m. §§ 2 und 3 des Gesetzes über die Beteiligung des Landtags von Baden-Württemberg in Angelegenheiten der Europäischen Union (EULG) vom 17. Februar 2011 und gibt in diesem Zusammenhang auch eine Bewertung ab.

Vor diesem Hintergrund wird zum Antrag wie folgt Stellung genommen:

1. *wie sie bei der Beschlussfassung des Bundesrates über das vom Bundestag verabschiedete Asylbewerberleistungsgesetz (Bundratsdrucksache 713/16) am 16. Dezember 2016 abgestimmt hat;*
2. *welche eigenen Bewertungen ihrem Abstimmungsverhalten zugrunde liegen;*
3. *inwieweit, zumindest unter Darlegung des Abstimmungsverfahrens, der involvierten Personen, der jeweiligen Positionen, der etwaigen Kompromissfindung oder Verknüpfung mit anderen Sachverhalten und des zeitlichen Horizonts des Verfahrens, dieses Abstimmungsverhalten vereinbart wurde;*
4. *inwieweit Angehörige der Landesregierung mit Blick auf das Abstimmungsverhalten mit Angehörigen anderer Landesregierungen, der Bundesregierung beziehungsweise Angehörigen der Landtage beziehungsweise des Bundestags kommunizierten;*
5. *wie aus ihrer Sicht in der Sache weiter verfahren werden sollte;*
6. *mit welchen Maßnahmen sie sich entsprechend der eigenen Position einbringen wird;*

Die Fragen 1 bis 6 werden gemeinsam beantwortet.

Baden-Württemberg hat dem Dritten Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, BR-Drucksache 713/16, am 16. Dezember 2016 zugestimmt.

Mit dem Gesetz soll eine Neuermittlung der Bedarfssätze in Anlehnung an die turnusmäßige Fortschreibung von Hartz IV bzw. Grundsicherung im Alter sowie die Umsetzung des Beschlusses der Großen Koalition vom 13. April 2016 zur Kürzung des Bedarfssatzes um Kosten für Haushaltsenergie und Wohnungsinstandhaltung erfolgen, da diese als Sachleistung zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus wird eine neue Bedarfsstufe für erwachsene Leistungsberechtigte in Sammelunterkünften geschaffen.

Der Ministerrat hat im Rahmen seiner Sitzung am 13. Dezember 2016 mit Blick auf die damals noch laufenden politischen Koordinierungsgespräche das Votum mit der Vereinbarung einer so genannten „Freien Hand“ zunächst offen gehalten.

Das dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes war Gegenstand der politischen Koordinierungsrunden.

Die Entscheidung, dem Gesetz zuzustimmen, wurde nach einer Abstimmung zwischen Herrn Ministerpräsidenten und Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten getroffen.

Nachdem die Mehrheit der Länder am 16. Dezember 2016 dem Gesetz ihre Zustimmung versagt hatte, hat die Bundesregierung am 21. Dezember 2016 den Vermittlungsausschuss angerufen. Ein Termin für eine Sitzung des Vermittlungsausschusses ist bislang nicht bekannt.

Aufgrund des bevorstehenden Verfahrens im Vermittlungsausschuss handelt es sich um einen noch nicht abgeschlossenen Vorgang, der in den Schutzbereich des verfassungsrechtlich garantierten Kernbereichs exekutiver Eigenverantwortung fällt. Dieser gewährleistet insoweit einen grundsätzlich nicht ausforschbaren Initiativ-, Beratungs- und Handlungsbereich, um ein Mitregieren Dritter bei Entscheidungen zu vermeiden, die in der alleinigen Kompetenz der Regierung liegen. Diese Möglichkeit besteht bei Informationen aus dem Bereich der Vorbereitung von Regierungsentscheidungen regelmäßig, solange die Entscheidung noch nicht getroffen ist (vgl. BVerfGE 110, 199). Die Landesregierung wird den Landtag un- aufgefordert über das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens unterrichten.

*7. mit welchen Begründungen sie seit dem 1. Mai 2011 den jeweiligen parlamentarischen Initiativen mit Bezug zum Ausländer- beziehungsweise Flüchtlingsrecht im Bundesrat zustimmte beziehungsweise nicht zustimmte;*

Im Zeitraum vom 1. Mai 2011 bis Ende November 2016 wurden dem Bundesrat mehr als vierzig Initiativen und Gesetzentwürfe sowie EU-Vorlagen mit einem thematischen Bezug zum Ausländer- bzw. Flüchtlingsrecht zur Beratung zugewiesen. Diese sind in der nachfolgenden Auflistung aufgeführt. Sofern nicht anders vermerkt, sind die Vorlagen im Bundesrat abschließend beraten worden.

**Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union und zur Anpassung nationaler Rechtsvorschriften an den EU-Visakodex, BR-Drucksache 481/11; BR-Sitzung am 23. September 2011**

BW: Enthaltung

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes, BR-Drucksache 375/11, BR-Sitzung am 23. September 2011**

BW: Einbringung des Gesetzentwurfs

**Entschließung des Bundesrates, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Leistungsbezug nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes in das Bildungs- und Teilhabepaket umgehend einzubeziehen (AsylbLG), BR-Drucksache 364/11; BR-Sitzung am 23. September 2011**

BW: Fassung der Entschließung

Vorlagen der EU, BR-Sitzung am 30. März 2012

- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit, BR-Drucksache 791/11**
- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds, BR-Drucksache 792/11**
- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl- und Migrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements, BR-Drucksache 793/11**
- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit, BR-Drucksache 794/11**

BW: Stellungnahme (gemeinsame Stellungnahme zu allen Vorlagen)

**Entschließung des Bundesrates zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und Einbeziehung der betroffenen Personengruppen in die bestehenden Leistungssysteme nach den Sozialgesetzbüchern Zweites und Zwölftes Buch, BR-Drucksache 576/12; BR-Sitzung am 23. November 2012**

BW: Fassung der Entschließung nach Maßgaben

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes, BR-Drucksache 505/12, BR-Sitzung am 22. März 2013**

BW: Einbringung des Gesetzentwurfs

**Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechte von international  
Schutzberechtigten und ausländischen Arbeitnehmern, BR-Drucksache 97/13,  
BR-Sitzung am 22. März 2013**

BW: Stellungnahme zum Gesetzentwurf

**Verordnung zur Änderung des Ausländerbeschäftigungsrechts, BR-Druck-  
sache 182/13, BR-Sitzung am 3. Mai 2013**

BW: Zustimmung zur Verordnung nach Maßgaben

**Entwurf eines Gesetzes zur Öffnung der Integrationskurse für EU-Bürgerin-  
nen und EU-Bürger, Ausländerinnen und Ausländer mit humanitären, völ-  
kerrechtlichen oder politischen Aufenthaltserlaubnissen sowie für Flüchtlin-  
ge im laufenden Asylverfahren und Geduldete, Antrag des Landes Schles-  
wig-Holstein, BR-Drucksache 756/13, BR-Sitzung am 19. Dezember 2013**

BW: Zustimmung zur Einbringung des Gesetzentwurfs nach Maßgabe der Druck-  
sache 756/1/13 A

**Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Her-  
kunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asyl-  
bewerber und geduldete Ausländer, BR-Drucksache 183/14, BR-Sitzung am  
13. Juni 2014**

BW: Enthaltung zu keine Einwendungen

**Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleich-  
terung der Unterbringung von Flüchtlingen – gemeinsame Initiative von  
BW, HH und HB, eingebracht in der Sitzung des Bundesrates am 19. Sep-  
tember 2014, BR-Drucksache 419/14**

BW: Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und zur Einbringung des Ge-  
setzentwurfs in der Fassung des gemeinsamen Antrags der Länder Ham-  
burg, Baden-Württemberg und Bremen – BR-Drucksache 419/1/14

**Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur  
Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete  
Ausländer („Asylpaket 1“), BR-Drucksache 383/14, BR-Sitzung am 19. Sep-  
tember 2014**

BW: Zustimmung zum Gesetz

**Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden  
und geduldeten Ausländern, BR-Drucksache 506/14; BR-Sitzung am  
7. November 2014**

BW: Keine Stellungnahme

**Gesetz über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unter-  
bringung von Flüchtlingen, BR-Drucksache 540/14, BR-Sitzung am 7. No-  
vember 2014**

BW: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses

**Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Auf-  
enthaltsbeendigung, BR-Drucksache 642/14, BR-Sitzung am 6. Februar 2015**

BW: Weitgehende Zustimmung zur Stellungnahme gem. BR-Drucksache  
642/1/14 A; Zustimmung und Beitritt zum Antrag des Landes Rheinland-  
Pfalz – DS 642/2/14, Zustimmung zum Antrag des Landes Niedersachsen –  
DS 642/4/14; Ablehnung des Antrags des Landes Schleswig-Holsteins –  
DS 642/3/14

**Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung, BR-Drucksache 302/15, BR-Sitzung am 10. Juli 2015**

BW: Enthaltung zu keine Anrufung des Vermittlungsausschusses

**Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, BR-Drucksache 466/15, BR-Sitzung am 16. Oktober 2015**

BW: Zustimmung zum Gesetz

**Verordnung zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, BR-Drucksache 447/15, BR-Sitzung am 16. Oktober 2015**

BW: Zustimmung zur Verordnung

**Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher, BR-Drucksache 464/15, BR-Sitzung am 16. Oktober 2015**

BW: Zustimmung zum Gesetz

**Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015, BR-Drucksache 516/15, BR-Sitzung am 6. November 2015**

BW: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat: Bewältigung der Flüchtlingskrise – operative, haushaltspolitische und rechtliche Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda, BR-Drucksache 449/15, BR-Sitzung am 6. November 2015**

BW: Kenntnisnahme der Mitteilung

**Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Datenaustauschverbesserungsgesetz), BR-Drucksache 25/16, BR-Sitzung am 29. Januar 2016**

BW: Zustimmung zum Gesetz

**Verordnung über die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (Ankunftsnachweisverordnung – AKNV), BR-Drucksache 6/16, BR-Sitzung am 29. Januar 2016**

BW: Zustimmung zur Verordnung

**Entschließung des Bundesrates „Zusammenhalt stärken: Flüchtlinge aufnehmen und integrieren – eine gesamtstaatliche Aufgabe in gemeinsamer Verantwortung“, BR-Drucksache 93/16, BR-Sitzung am 26. Februar 2016**

BW: Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und Zustimmung zur Fassung der Entschließung

**Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren, BR-Drucksache 86/16, BR-Sitzung am 26. Februar 2016**

BW: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses

**Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern, BR-Drucksache 85/16, BR-Sitzung am 26. Februar 2016**

BW: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses

**Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten, BR-Drucksache 68/16 (1. Durchgang), BR-Sitzung am 18. März 2016**

BW: Zustimmung zur Stellungnahme gem. Plenarantrag der Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein – BR-Drucksache 68/2/16

In der Sitzung des Bundesrates am 17. Juni 2016 hat der Bundesrat keine Entscheidung zum Gesetzesbeschluss des Bundestages getroffen. Der Bundesrat hat das Gesetz über die Einstufung der drei Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer (2. Durchgang) von der Tagesordnung abgesetzt. Ein Termin für eine erneute Befassung des Bundesrates ist nicht bekannt.

**Entwurf eines Integrationsgesetzes, BR-Drucksache 266/16, BR-Sitzung am 17. Juni 2016**

BW: Weitgehend Zustimmung zur Stellungnahme gem. Drucksache 266/1/16; Zustimmung zu den Plenaranträgen von Baden-Württemberg – Drucksache 266/3/16 und Nordrhein-Westfalen – Drucksache 266/4/16 sowie Ablehnung des Plenarantrags von Mecklenburg-Vorpommern – BR-Drucksache 266/2/16

**Integrationsgesetz, BR-Drucksache 352/16, BR-Sitzung am 8. Juli 2016**

BW: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses, Ablehnung des Plenarantrags von Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 352/3/16 sowie Enthaltung zu den Plenaranträgen von Niedersachsen – Drucksache 352/1/16 und Bremen, Nordrhein-Westfalen – Drucksache 352/2/16 (neu)

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die Integration von Dritt-Staatsangehörigen, BR-Drucksache 380/16, BR-Sitzung am 14. Oktober 2016**

BW: Weitgehend Zustimmung zur Stellungnahme gem. Drucksache 380/1/16 A

**Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, BR-Drucksache 542/16, BR-Sitzung am 4. November 2016**

BW: Weitgehend Zustimmung zur Stellungnahme gem. Drucksache 542/1/16 A

**Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen, BR-Drucksache 545/16, BR-Sitzung am 4. November 2016**

BW: Zustimmung zur Stellungnahme gem. Drucksache 545/1/16

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung), BR-Drucksache 390/16, BR-Sitzung am 4. November 2016**

BW: Weitgehend Zustimmung zur Stellungnahme gem. Drucksache 390/1/16 A; Enthaltung zum Plenarantrag von Rheinland-Pfalz – Drucksache 390/2/16

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes sowie zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, BR-Drucksache 499/16, BR-Sitzung am 4. November 2016**

BW: Zustimmung zur Stellungnahme gem. Drucksache 499/1/16 A

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU, BR-Drucksache 503/16, BR-Sitzung am 4. November 2016**

BW: Weitgehend Zustimmung zur Stellungnahme gem. Drucksache 503/1/16 A

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung), BR-Drucksache 513/16, BR-Sitzung am 4. November 2016**

BW: Weitgehend Zustimmung zur Stellungnahme gem. Drucksache 513/1/16 A

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates, BR-Drucksache 501/16, BR-Sitzung am 4. November 2016**

BW: Weitgehend Zustimmung zur Stellungnahme gem. Drucksache 501/1/16 A

**Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen, BR-Drucksache 688/16, BR-Sitzung am 25. November 2016**

BW: Zustimmung zum Gesetz; siehe Schreiben des Bevollmächtigten des Landes beim Bund inklusive Abstimmungsliste des Landes im Bundesrat an den Landtag vom 1. Dezember 2016

**Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, BR-Drucksache 713/16, BR-Sitzung am 16. Dezember 2016**

siehe Antwort zu Fragen 1 bis 6 und 8 bis 9.

**Vierzehnte Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung; BR-Drucksache 625/16, BR-Sitzung am 16. Dezember 2016**

BW: Zustimmung zur Verordnung; siehe Schreiben des Bevollmächtigten des Landes beim Bund inklusive Abstimmungsliste des Landes im Bundesrat an den Landtag vom 20. Dezember 2016

Im Übrigen wird auf die einleitende Vorbemerkung zur Stellungnahme der Landesregierung Bezug genommen.

Die Ermittlung der Gründe für das jeweilige Abstimmungsverhalten war angesichts der Vielzahl und Komplexität der von der Frage erfassten Initiativen nicht mit zumutbarem Aufwand möglich. Der jeweilige Grund für ein konkretes Abstimmungsverhalten müsste für jede einzelne Initiative aus einer Vielzahl an Erkenntnisquellen ermittelt werden. Die Landesregierung ist aber gerne bereit, zu konkreten Nachfragen zu bestimmten Vorlagen Auskunft zu geben.



8. *inwieweit parlamentarische Initiativen mit Bezug zum Ausländer- beziehungsweise Flüchtlingsrecht im Bundesrat derzeit noch nicht abgeschlossen sind, weil sie sich beispielsweise im Vermittlungsausschuss befinden oder noch nicht entschieden wurde, wie mit ihnen weiter verfahren werden soll, zumindest unter Nennung der Vorgänge, des jeweiligen Stands des Vorgangs, des voraussichtlichen Fortgangs beziehungsweise des Endes des Vorgangs und der Art der Beendigung des Vorgangs;*
9. *wie sie die vorgenannten Vorgänge und ihren Verfahrensstand jeweils bewertet.*

Die Fragen 8 und 9 werden gemeinsam beantwortet.

Von den in der Stellungnahme zu Frage 7 genannten Vorlagen sind lediglich das Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten (BR-Drucksache 68/16) und das Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (BR-Drucksache 713/16) aktuell noch nicht abschließend vom Bundesrat behandelt worden. Auf die im Rahmen der Stellungnahme zu den Fragen 1 bis 7 gemachten Ausführungen wird insoweit Bezug genommen.

Murawski

Staatsminister und  
Chef der Staatskanzlei